

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
ANITA MRSIC

März 2015

www.kas.de/kroatien

HDZ diskutiert Kroatiens wirtschaftliche Entwicklung 2015-2020

Unter dem Titel: „Kroatien und die EU – Entwicklungspolitik 2015-2020“ veranstaltete die HDZ-Stiftung (ZHDZ) zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien am 02.03.2015 in Zagreb einen Wirtschaftskongress mit zahlreichen Gästen aus Politik und Wirtschaft. Im Zentrum des Kongresses standen die wirtschaftlichen Probleme, denen sich Kroatien momentan ausgesetzt sieht. Im Rahmen von drei Panels zu unterschiedlichen aktuellen Problemfeldern diskutierten Wirtschaftsexperten aus dem In- und Ausland über Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik, neue Formen der Industriepolitik und die noch zu mobilisierenden Energiepotentiale Kroatiens.



Zu Beginn des Kongresses begrüßten **Srećko Prusina**, Leiter der ZHDZ-Stiftung, **Dr. Michael Lange**, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Zagreb und **Branko Baricevic**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien die sehr zahlreich erschienenen Gäste.

Im Anschluss daran hielt der Parteivorsitzende der HDZ, **Tomislav Karamarko**, eine Grundsatzrede zur zukünftigen Wirtschaftsstrategie der HDZ und stellte dabei einige Elemente einer von seiner Partei an-



gestrebten neuen Wirtschaftspolitik vor. Karamarko skizzierte als Grundelemente einer erfolgversprechenden Wirtschaftsreform ...eine intelligente und nachhaltige Reindustrialisierung des Landes auf der Grundlage von modernem Know-how und Innovationen..., die allein dauerhafte, neue Arbeitsplätze verspreche. Die HDZ beabsichtige, die heute noch immer nicht umfassend genutzten Potenziale des Landes, wie etwa deren geostrategische Lage, deren (Grund-) Wasserressourcen, die vielen brachliegenden landwirtschaftlichen Anbauflächen sowie dem Energiesektor eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien

Er versprach dafür die notwendigen Instrumente zu schaffen, damit diese angestrebten Ziele erreicht werden können. Das Reformprogramm seiner Partei setzte auch kurzfristige Ziele, wobei es vor allem darum gehen werde, das momentan herrschende Chaos und die Unordnung in der kroatische Wirtschaft und Gesellschaft zu beseitigen und durch eine stringente Entwicklung der Marktwirtschaft in Kroatien zu ersetzen, wobei den Belangen der sozial schwächeren Bürgern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste.



Auf spätere Journalistenfragen nach dem Datum der Veröffentlichung des Reformprogramms seiner Partei, verwies Karamarko darauf, dass seine Partei noch etwas Zeit brauche, um die vielen Vorschläge von berufener Seite zu prüfen bevor man ein umfassendes Reformpaket vorstellen werde. Dies solle dann rechtzeitig vor dem kommenden Wahltermin der kroatischen Öffentlichkeit vorgestellt werden, damit sich die Bürger von den Reformüberlegungen der Partei ein genaues Bild machen könnten.

Karamarko betonte, dass es ein Ziel des Programms sei, die Bürger sowie Klein- und Mittelbetriebe steuerlich zu entlasten und ihnen wieder mehr eigene Möglichkeiten für Konsum- und Investitionsentscheidungen zu gewähren. Ob sich die Partei in diesem Bestreben auch für eine Senkung der Mehrwertsteuer aussprechen werde, müsse noch partei-intern diskutiert werden. Vor allem ginge es seiner Partei aber um eine effizientere Öffentliche Verwaltung, die momentan überbesetzt sei und deshalb zu hohe gesell-

schaftlichen Kosten verursache. Einer vom ehemaligen Staatspräsidenten angeregten kommunalen Neuordnung in Kroatien, welche die Anzahl der Gespanschaften deutlich reduzieren würde, stehe man dagegen eher skeptisch gegenüber. Vielmehr müsse es darum gehen die Gespanschaften effizienter zu organisieren. Er schloss mit dem Hinweis darauf, dass die anstehenden unverzichtbaren Veränderungen bzw. Reformen nicht einfach werden und der Bevölkerung sehr viel abverlangen würden. Jedoch glaube die Partei an ihr Reformpaket und daran, dass nur mit entsprechenden Reformen eine positive wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden könne.

Die kroatische **Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic** betonte dann in Ihrem Grußwort, dass die akuten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Landes nicht weiter ignoriert werden dürfen und sie deshalb an allen Anstrengungen teilhaben wolle, die sich um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Kroatiens bemühen würden. Sie verwies in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die dramatische Auswanderung junger Menschen, die momentan in Kroatien keine Arbeit fänden und sich deshalb um eine solche im Ausland bemühen würden. Eine solche Entwicklung, die langfristig zu einem negativen demografischen Wandel führen werde, könne man nicht hinnehmen und müsse deshalb den Wirtschaftsstandort Kroatien stärken.



Nach den eindringlichen Worten der Staatspräsidentin hielt **Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans-Werner Sinn**, Leiter des Münchner IFO-Instituts, sein Einführungsreferat in dem Verlauf er den Verlauf der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien



nachzeichnete. Dabei betonte er, dass man zuerst die Gründe der Krise in Europa verstehen müsse, um auch die richtigen Strategien für ein Land wie Kroatien zu finden. Es mangle Ländern wie Kroatien vor allem an der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie, weshalb diese Länder unbedingt Reformen durchführen müssten, welche ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze schaffen sollten.

Geld- und Fiskalpolitik

In der sich anschließenden Paneldiskussion diskutierten **Dr. Zeljko Lovrinevic** von der Wirtschaftsfakultät der Universität Zagreb, **Ivan Milkos**, der ehemaliger Finanzminister der Slowakischen Republik sowie **Dr. Tomislav Coric**, Vorsitzender des Finanzkomitees der HDZ mit Prof. Sinn über verschiedene Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik und darüber, inwiefern solche Instrumente zur wirtschaftlichen Veränderung beitragen können.

Dabei verwies Herr Milkos auf seine Erfahrungen, die gezeigt hätten, dass radikale Reformen nötig seien, um eine wirtschaftliche Wende herbeizuführen. Er betonte in diesem Zusammenhang die tiefgreifenden Reformen, die er in der Slowakei in den Jahren 2004-2008 zusammen mit seinem Ministerpräsidenten Dzurinda durchgesetzt habe und die schließlich den Weg aus der Krise gewiesen hätten. Er sei der festen Überzeugung, dass wenn man einen Plan habe und diesen von Beginn an dem Wähler transparent kommuniziere, man auf die Kooperationsbereitschaft der Wähler vertrauen könne. Diese seien durchaus bereit Lasten zu tragen, wenn sie erkennen würden, in

welchem Kontext diese radikalen Reformen notwendig seien.

Prof. Sinn betonte dann, dass Resultate fiskalpolitischen Handelns immer erst mit Zeitverzögerung konjunkturelle wirksam und damit für den Bürger spürbar würden. Deshalb sollte man als neue Regierung mit Reformmaßnahmen nicht zu lange warten, damit diese noch vor den nächsten Wahlen erste, für den Wähler spürbare Ergebnisse zeitigen könnten.

Neben den fiskalpolitischen Instrumenten, gäbe es, so Dr. Coric, aber noch weitere Faktoren zu berücksichtigen, wie etwa eine im Falle Kroatiens notwendig erscheinende Reindustrialisierung des Landes, wobei man auf neue Technologien, den Ausbau des IT-Sektors sowie die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen setzte.

Das Land sei momentan zu sehr vom Tourismus abhängig und dieser stehe in einem Konflikt mit dem Bemühen den Energiesektor in Kroatien auszubauen. Schon jetzt gäbe es im Zusammenhang mit den Explorationsbemühungen, Bürgerproteste, welche Gefahren für die Umwelt und den Tourismus in Kroatien sehen.



Zum Abschluss unterstrich Dr. Lovrinevic noch einmal, dass er glaube, dass es so wie momentan nicht weiter gehen könne, auch wenn es für die Menschen schwierig erscheine, die notwendigen tiefgreifenden strukturellen Reformen zu akzeptieren. Nur tiefgreifende strukturelle Reformen könnten die kroatische Wirtschaft vor dem Kollaps bewahren und dem Land einen Weg aus der Krise weisen.

Industriepolitik

An der zweiten Runde nahmen der ehemalige slowakische Präsident **Mikulas Dzurinda**, der HDZ-Wirtschaftskoordinator **Doma-**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien

goj Ivan Milosevic, der CDU-Mdb Klaus-Peter Willsch, die Unternehmer Josip Budimir und Dr. Konstantin Edel sowie die israelische Start-up Expertin Anat Segal teil.



Im Rahmen der Diskussion einer möglichen neuen Industriepolitik der EU ginge es vor allem um die Herausforderungen der Digitalisierung der Globalen Wirtschaft. Die industrielle Entwicklung erfahre momentan einen (weiteren) Paradigmenwechsel und das Bestreben der EU eine zentrale Rolle als globaler Wirtschaftspartner aufrecht zu erhalten, erfordere einen Ausbau der digitalen Netze. In diesem Zusammenhang müsse erörtert werden, wo dabei Chancen für die kroatische Industrie existieren würden. Klaus Peter Willsch beschrieb einzelne Kritikpunkte, die ihm von deutschen Investoren berichtet wurden und die sich hauptsächlich auf das oft zögernde und inkohärente Handeln der verantwortlichen staatlichen Organe bzw. der Öffentlichen Verwaltung vor allem auf kommunaler Ebene bezogen. Es gebe zu viele rechtliche Unsicherheiten, was die Rahmenbedingungen für Investitionen angehe und hektische Gesetzesänderungen täten ein Übriges, Investoren zu verunsichern.¹

Nach einer interessanten Diskussion kam man zu dem Ergebnis, dass eine wirtschaftliche Wende auch in Kroatien nur durch Reformen des Rechtssystems sowie einem andersartigen wirtschaftspolitischen Strategiemix erreicht werden könne. Es gelte, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu modernisieren und zu einem stabilen und transparenten Rechtsrahmen zu gelangen. Zudem gelte es besonders in neue Techno-

logien und Innovationen, vor allem aber mehr in die eigenen Humanressourcen zu investieren.

Energiepolitik

Über die geostrategische Lage Kroatiens und die bisher ungenutzten Energiepotentiale diskutierten dann der Direktor von Energy Plus, **Darko Horvat**, das Vorstandsmitglied von Siemens-Kroatien, der Vertreter der Kroatische Handelskammer **Mladen Forgec**, das Vorstandsmitglied von RWE-Kroatien **Ralf Blomberg** sowie eine Vertreterin der staatlichen Jadranski Naftocod, **Gordana Sekulic**.



Man wurde sich schnell darüber einig, dass das Land die ihr bereits zur Verfügung stehende, energetische Infrastruktur nicht ausreichend nutze. Besonders Herr Blomberg betonte, dass Kroatien über eine einmalige geostrategische Lage verfüge und dass die vorhandene Infrastruktur deshalb unbedingt weiter ausgebaut werden müsse. Auf diese Weise könne das vorhandene wirtschaftliche Potential noch weiter gefördert bzw. weiterentwickelt werden. Die Teilnehmer einigten sich ebenso darauf, dass alternative Energieträger, wie etwa Wind- oder Solarenergie auch in Kroatien Chance böten weshalb man über weitere, neue Projekte nachdenken solle.²

Reaktionen in den kroatischen Medien

Die kroatischen Medien berichteten sehr ausführlich über diese Konferenz, wobei sich viele Kommentare auf den erwarteten Wirtschaftsplan der HDZ konzentrierten, der die

¹ HDZ Presents Part of its Economic Platform for Next Parliamentary Elections, Monday HRT online edition, <http://tinyurl.com/py5eb5tp>

² Further Comments and Analyses of HDZ's Announced Economic Platform, Tuesday HRT online edition, <http://tinyurl.com/oxg8jtm>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien



wirtschaftspolitische Strategie der HDZ für die nächsten Parlamentswahlen beschreiben sollte. Wegen der ausbleibenden Details zu diesem Wirtschaftsplan fehlte es an kritischen Kommentaren. Die Hauptkritik konzentrierte sich auf seitens der HDZ gemachten Versprechungen, wobei die geplanten Maßnahmen zur Realisierung dieser Versprechungen Pläne zu wenig konkret und deshalb vage ließen.

Stattdessen wurde die Frage, ob man manche Elemente des Wirtschaftsprogramms überhaupt in Kroatien realisieren könne, in den Medien breit diskutiert.

So berichtete die Presse auch von einer Debatte zwischen dem Vorsitzenden der Finanzkommission von HDZ, Tomislav Coric und dem SDP-Minister für Unternehmertum und Handwerk Gordan Maras, in der der Minister zur Zusammenarbeit der HDZ mit dem IFO-Institut für Wirtschaftsforschung bemerkte, dass er besorgt sei, dass die größte oppositionelle Partei in Kroatien offensichtlich keine eigenen Vorschläge zur Wirtschaftsreform habe und die HDZ nicht viel mehr als allgemeine Versprechungen geboten habe. Darauf hätte der Vortrag des Präsidenten des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn hingewiesen, als er betonte, dass die Wirtschaftsstrategie bisher nur teilweise entwickelt sei. Maras äußerte in diesem Zusammenhang die Meinung, dass es für ein Land wie Kroatien beleidigend sei, wenn „Ausländer“ in die Vorbereitung wirtschaftspolitischer Konzepte einbezogen würden; was allein Aufgabe einer Oppositionspartei sein sollte. Man könne halt mit Geld und PR den Prozess einer partei-internen Strategiefindung ersetzen so Maras. Seine Partei sei zur Zusammenarbeit bereit, was aber mit Parteien, die keine Reformen wollten, nicht möglich sei.

Coric entgegnete, dass Kroatien als EU-

Mitglied für alle konstruktiven Hinweise dankbar sei und dass es schon seine Partei sei, die das Wirtschaftsprogramm erarbeitete und dann auch verantwortete. Man arbeite untereinander aber eben auch mit den Kollegen aus Bayern an einem Konzept um die ökonomische Lage in Kroatien zu verbessern.

Die Presse bemängelte natürlich, dass weder der HDZ Vorsitzende Karamarko noch Prof. Sinn während ihrer Präsentationen auf dieses Programm konkret eingegangen wären. Es sei wohl eher als eine Demonstration der Stärke angelegt gewesen, weshalb Prof. Sinn auch gleich noch betont habe, dass man von der noch zu erarbeitenden Wirtschaftsplattform nicht erwarten solle, dass sie kurzfristig Ergebnisse zeitigen würde.

Einige Kommentatoren meinten sogar dass beide Parteien eher als liberal einzuordnen seien, wenn es um die Sicherstellung sozialen Grundrechte und die Rolle des öffentlichen Sektors und der lokalen Verwaltung gehe. Es gebe zwar gewisse Unterschiede in ihrer Mitgliederstruktur und damit im Stil und in der Weltsicht, grundsätzlich aber unterschieden sich ihre ökonomischen Programme kaum. Die SDP sei interessierter an der Besteuerung von Kapitaleinkünften sowie den Finanztransaktionen während die HDZ bei Privatisierungsvorhaben weniger zurückhaltend sei.

Einige Kommentatoren schenkten ihre Aufmerksamkeit besonders einem Punkt und zwar der Erwartung, dass eine große Anzahl der Bürger und Unternehmen mit Hilfe bestimmter Reformmaßnahmen die Schattenwirtschaft verlassen und in die legale Wirtschaft integriert werden könnten.



Obwohl dies für eine ausgezeichnete Idee gehalten wurde, sei jedoch in Kroatien momentan ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Viele

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien

Finanztransaktionen von Bürgern sowie Unternehmen seien blockiert weil die entsprechenden Konten wegen Überschuldung der Kontoinhaber gesperrt wurden. Um also Transaktionen zu ermöglichen, müsste man Schulden erlassen, was selbstverständlich auf Kritik stößt, da (private) Insolvenzregelungen noch fehlen würden.

Ein weiteres Problem der HDZ sei ihr noch weiter bestehendes Image als eine der Korruption überführte Organisation (Fimi-Media-Affäre, Geldwäsche), und sie es deshalb schwer haben werde, kroatische Unternehmer davon zu überzeugen, die Schattwirtschaft zu verlassen.

Kontroverse um Konferenzteilnahme der Staatspräsidentin

Auch die persönliche Teilnahme der Staatspräsidentin, Kolinda Grabar-Kitarovic an der Wirtschaftskonferenz wurde in Teilen der kroatischen Presse heftig kritisiert zumal der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanovic nicht zu dieser Veranstaltung eingeladen worden war.



Die Anwesenheit der Präsidentin, die damit eine unter mehr als 900 Konferenzteilnehmer, darunter Wirtschaftsexperten, Unternehmer und (ausländische) Politiker, gewesen ist, wurde als eine unzulässige Geste der Staatspräsidentin gegenüber der parlamentarischen Opposition angesehen.

Die Präsidentin wehrte sich gegen diesen Vorwurf mit dem Argument, sie würde jede Veranstaltung besuchen, die sich ernsthaft um Auswege aus der ökonomischen Krise in Kroatien bemühen würde.

Ebenso kritische Stimmen bezogen sich auf die Rolle der EU-Vertretung in Zagreb bei der vermeintlichen Finanzierung der Konferenz, zumal der Leiter der EU Delegation, Branka Baricevic, auf der Veranstaltung ein Grußwort abgegeben und einen Redebeitrag

beigesteuert hatte sowie als Co-Sponsor der Veranstaltung genannte worden war. Der Sprecher von der EU-Delegation korrigierte diese Pressemeldung in dem er auf den wichtigen Redebeitrag des EU-Delegationsleiters im Panel zu Kroatiens Energiepotenzialen verwies und hinzufügte, dass die Vertretung an allen Veranstaltungen teilnehmen werde, die sich mit der Politik der Europäischen Union gegenüber Kroatien befassen du zwar unabhängig davon, wer diese organisiert habe.³

Reaktionen kroatischer Unternehmer

In einer Stellungnahme zu den dargelegten Plänen der Opposition kritisierte der Vorstandsvorsitzende der „Atlantic Gruppe“, Emil Tedeschi, die kroatische Regierung, die es bereits im ersten Jahre ihrer Amtszeit versäumt habe, die notwendige Reformschritte zu unternehmen. Zwar habe sie manch kritische Bereiche stabilisieren können, aber das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung sei ungenügend.

Der Regierung von Milanovic sei es in manchen Bereichen zwar gelungen, neue Maßstäbe, wie etwa mehr Transparenz und Nulltoleranz in Bezug auf Korruption zu setzen, sie setzte jedoch, so Tedeschi, die unrühmliche Praxis fort, die Ernennung der Manager staatlicher Unternehmen sowie der Beamten in der lokalen Selbstverwaltung vorrangig nach parteipolitischer Nähe und nicht nach Kompetenz vorzunehmen. Zudem habe sich



³ **Vecernji List Criticizes Grabar-Kitarovic for Attending a HDZ-sponsored Conference** Wednesday VECERNJI LIST online edition, <http://tinyurl.com/ky3jlxm>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

März 2015

www.kas.de/kroatien

die Regierung zu wenig Mühe gegeben, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu verbessern um mehr Investoren aus dem In- und Ausland anzulocken.

Er sei der Meinung, dass die Regierung die Reformen viel früher hätte auf den Weg bringen sollen, weil dies zu Beginn des Legislaturperiode einfacher gewesen wäre und wir uns heute bereits wieder in einem Wahljahr befänden. Zwar befand sich Kroatien zum Zeitpunkt der Amtsübernahme der Regierung Milanovic bereits inmitten einer ökonomischen Krisensituation und die öffentlichen Finanzen seien schon damals in einer katastrophalen Lage gewesen.

Daran habe sich seitdem wenig geändert und selbst die Hoffnungen auf ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukt (BIP) Kroatiens in Höhe von 0,3% für das im 4. Quartal von 2014 bezeichnete Tedeschi als eher bescheiden. Zwar verzeichnen die Industrieproduktion und der Export jüngst wieder Zuwächse, diese seien jedoch nicht ausreichend um eine stetig wachsende Zahl von Bürgern auf der Armut zu führen. Ob die jüngst beschlossenen sozialen Maßnahmen wie ein Schuldenerlass für Arme und abgesenkte Strompreise für Geringverdiener Abhilfe schaffen, stehe für Tedeschi dahin.⁴

⁴ **Atlantic Trade Owner Tedeschi on Milanovic Government and Croatian Economy**, Friday VECERNJI LIST online edition <http://tinyurl.com/lh975wr>